

daher, den Antrag, wie ihn die Majorität der Commission vorschlägt, anzunehmen. (Beifall.)

Nachdem noch Hofrat Dr. Rokitansky den Majoritätsantrag vertheidigt, wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatter Graf Anton Auersperg: Nach den eingehenden Erörterungen fachmännischer Natur, welche von zwei anerkannten Autoritäten zu Gunsten des Majoritätsantrages ausgegangen sind, und nach den Auseinandersetzungen praktischer Richtung, welche ein anderer verehrter Herr Vorredner gegeben hat, bleibt mir nur ein Weniges zu erörtern übrig.

Dieses Gesetz ist ein Verfassungsgesetz, ein Staatsgrundgesetz, somit vor allem politischer Natur, und es ist auch die politische Seite angeklungen worden, und zwar in sehr vernehmbarer, nachdrücklicher Weise, so daß sie auch von mir eine kurze Beleuchtung erfordert.

Wenn der Schwerpunkt dieses ganzen Gesetzes sich in den §§ 11 und 12 concentriert, so concentriert sich der Schwerpunkt dieses § 11 in den lit. i und k; denn in ihnen gipfeln die höchsten Culturaufgaben des Staates. Die Schule, als Pflanzstätte der Bildung künftiger Staatsbürgergenerationen, ist auch für den Staat von der wichtigsten Bedeutung, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Mögen wir uns vor allem bei dieser Frage daran erinnern, daß wir berufen wurden zu bauen, nicht zu zerstören oder die Keime künftiger Zerstörung zu legen. Es handelt sich um einen sittlich geistigen Aufbau. Unterricht und Erziehung gehören zu den höchsten, der Menschheit und ihrer Cultur gestellten Aufgaben und Problemen.

Die Bildung ist in ihren Ausgangspunkten local, national, in ihrer höchsten Höhe kosmopolisch, weltbürgerlich. Aber zwischen den verschiedenen Abstufungen des Culturlebens ziehen sich auch die staatsbürgerlichen, politischen Momente hindurch. Es ist die Competenz des Reichsrathes für die Gesetzgebung bezüglich der Universitäten und technischen Hochschulen nicht bestritten worden. Die Angriffswaffen richten sich gegen die sogenannten Mittelschulen, die Realschulen und Gymnasien. Nun ist aber vor allem ins Auge zu fassen, daß ein intelligentes Heer, daß das große Contingent bürgerlicher Elemente gerade aus diesen Schulen hervorgeht. Es ist eine Pflicht der Selbsterhaltung von Seite des Staates, dafür zu sorgen, daß in den Staatsbürgern aller Stämme und Länder das österreichische Staats- und Volksbewußtsein herangezogen, geweckt und lebenskräftig gemacht werde. (Bravo! Bravo!) Darum bleibe der Staat Herr der Schule und die Gestaltung des Unterrichts- und Erziehungsweises sei in der Wesenheit eine einheitliche. Es handelt sich nicht um Uniformität, sondern, wie bereits erwähnt wurde, um Conformität. Die Aufgabe einer staatsbürgerlichen Erziehung zu lösen, ist eine Pflicht der Selbsterhaltung des Staates und zur Unterstützung dieser Ansicht füge ich die Worte eines gewieften Schuhmannes, die ich gerade dieser Tage zu lesen bekommen habe, bei: „Wir haben auch die merkwürdige Wahrnehmung gemacht, daß in jenen Staaten die centrifugale Kraft am stärksten ist, wo Bildung und Freiheit nie hoch standen. Diese beiden Güter sind die einzigen, die höher stehen als die Nationalität.“

Es ist von einem verehrten Herrn Vorredner darauf hingewiesen worden, daß eben die Grundsätze eines civilisierten Schulwesens in der ganzen Welt dieselben seien. Man weist dem gegenüber auf die speziellen Besonderheiten und Eigenthümlichkeiten der verschiedenen Länder der Monarchie hin. Ich möchte aber nun diese Besonderheiten und Eigenthümlichkeiten in concreter Weise vor Augen sehen, um begreifen zu können, daß sie der Geltendmachung und Durchführung dieses Grundsatzes entgegenstehen und daß sie dadurch gefränt und verletzt werden. Es ist hier ein Verfassungsgesetz, in welches nicht die Detailbestimmungen aufgenommen, sondern nur allgemeine Grundsätze und Normen festgestellt werden können.

Ist aber auch für die berechtigten Eigenthümlichkeiten etwas zu fürchten? Ich bitte nur die Worte und deren Bedeutung ins Auge zu fassen: „Feststellung der Grundsätze.“

Kann denn nicht bei der Feststellung der Grundsätze auch auf die zu berücksichtigende Mannigfaltigkeit Bedacht genommen werden, kann nicht da den gerechten Wünschen in autonomer Richtung Rechnung getragen werden?

Bedenken Sie ferner, daß so Vieles dem Wege der Specialgesetzgebung vorbehalten bleibt: ich weise nur auf das Schulgesetz, das in nächster Linie unserer Bevölkerungen steht, ich weise übrigens noch darauf hin, daß auch im administrativen Wege Manches erreicht und durchgeführt werden kann, ich weise namentlich nach der Seite, von welcher die Anklagen und Anforderungen am lautesien ertönt haben, hin, auf die exceptionelle Stellung des zugestandenen galizischen Studienrathes.

Sind die gerechten Anforderungen nicht auch schon berücksichtigt und anerkannt in jenen Gesetzen, die wir bereits berathen haben und worin es sich um die Grundrechte handelt?

Es ist ein mir auch schon aus meiner anderweitigen constitutionellen und parlamentarischen Wirksamkeit bekannt gewordenes Wort wieder betont worden, es ist

für mich kein neuer Bekannter, es ist das Wort „germanisiren“.

Ich verlengne und unterdrücke manches Gefühl, das mich als Deutschen in diesem Augenblicke lebhaft bewegt, weil ich weiß, daß ich Vertreter anderer und edler Volksstämme des Reiches vor mir habe; aber Eines kann ich nicht unausgesprochen lassen.

Hätte man in Österreich germanisiert zur rechten Zeit, wäre man in den Geist der germanischen Bildung eingedrungen, hätte man ihn zum Leben geführt, hätte man sich nicht überflügeln lassen von einer anderen Seite, so ständen wir ganz wo anders, als wir jetzt stehen. (Bravo, bravo!)

Es ist auch von einer Allianz separatistischer Natur mit den Czechen gesprochen worden. Das ist nun Geschmacksache (Heiterkeit), aber constitutionell ist es nicht, denn ich sehe eben nur die parlamentarische Allianz vor Augen. Wir haben die Erfahrung gemacht, welchen großen Einfluß eine Minorität sich an einem anderen Orte gesichert hat, allein man kann nicht als neues Einschüchterungsmittel die Drohungen, die von Minoritäten ausgehen, einem parlamentarischen Körper gegenüber gelten lassen.

Alle Länder und Volksstämme der österreichischen Monarchie sind im Reichsrath in der relativen Minorität; wohin käme es denn, wenn eine Minorität sich nicht fügen wollte dem parlamentarischen Usus, sich der Majorität unterzuordnen?

Zum Herrschen der Minorität! Wahrlich das hieße dem constitut onellen Principe ins Gesicht schlagen und ihm eine tödtliche Wunde beifügen. (Bravo!) Gerade in der Centralvertretung als jener Arena, die ferne den localen und nationalen Leidenschaften liegt, werden die Minoritäten ihre Würdigung und ihren Schutz finden, denn sie sind darin vertreten und berufen, ihre Stimme zu erheben, wo sie glauben, daß ihnen Unrecht widerfährt.

Ich kann nach dem Gesagten nur die gestern geäußerte Bitte wiederholen, daß die Vertreter jener Richtungen, denen wir bereits schon so große Concessionen gemacht, auch dessen eingedenk seien und uns Wiedervertretung üben mögen dort, wo es sich um die großen Interessen der Gesamtheit und die großen Culturinteressen handelt.

Möge man doch endlich zur Erkenntniß kommen, statt Anforderungen fortwährend zu steigern, daß man trotzdem und alledem in Österreich sich nicht so übel befindet (Bravo!), und möge man österreichische Gesamtinteressen in erste Linie stellen.

So nachgiebig wir uns beweisen haben in anderen Punkten und Bestimmungen, so werden wir doch hier, wo es sich um die geistigen und sittlichen Fundamente des künftigen Staatslebens Österreichs handelt, eine Nachgiebigkeit nur für sehr bedenklich, sehr gefährlich finden und uns schwer oder gar nicht dazu entschließen.

Nach dem, was ich gesagt habe, kann ich nur auf das wärmste die Annahme des Commissionsantrages empfehlen. (Bravo, Bravo!)

Präsident will zur Abstimmung schreiten.

Fürstbischof Gasser stellt den Antrag, Absatz i in seinen einzelnen Theilen zur Abstimmung zu bringen. (Wird abgelehnt.)

Bei der Abstimmung wird Absatz i nach der von der Majorität der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen. (Gegen dieselbe stimmen die polnischen Mitglieder des Hauses und der Bischof von Brixen.)

Absatz k lautet nach dem Majoritätsantrage:

Die Civil- und Strafrechtsgezeggebung so wie die Gesetzgebung über Handels- und Wechselseit, See-, Berg- und Lehensrecht.

Eine Minorität der Commission beantragt, conform mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, lit. k habe zu lauten:

Die Civil- und Strafrechtsgezeggebung infsofern sie nicht die Einrichtung der Grundbücher und solche Gegenstände betrifft, welche auf Grund der Landesordnungen und dieses Grundgesetzes in den Wirkungskreis der Landesordnung gehörten, ferner die Gesetzgebung über Handels- und Wechselseit, See-, Berg- und Lehensrecht.

Zur Begründung des Minoritätsantrages ergreift Fürst Jablonowski das Wort und spricht gegen den Majoritätsantrag aus Rücksichten der Autonomie, welche in Angelegenheiten der Landeskultur dadurch ganz annullirt werde.

Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye tritt dem Minoritätsvotum entgegen und empfiehlt den Antrag der Majorität zur Annahme.

Im Minoritätsvotum, führt Redner aus, ist vorzugsweise dasjenige im Auge gehalten, was die Civil- und Strafrechtsgezeggebung in Beziehung auf die Landeskultur betrifft, denn die Landesordnungen überlassen alle Anordnungen in Betreff der Landeskultur, der öffentlichen Bauten, der Wohlthätigkeitsanstalten, der Landescommunication u. s. w. der Landesgezeggebung. Der verehrte Herr Antragsteller des Minoritätsvotums will, daß auch die Civil- und Strafrechtsgezeggebung in dieser Beziehung der Landesgezeggebung überlassen bleibe. Dann würde aber wahrhaftig von der Civil- und Strafrechtsgezeggebung des Reiches sehr wenig übrig bleiben, wenn man alle diese Gegenstände der Landesgezeggebung zuweisen würde.

Berichterstatter Graf Anton Auersperg: Die eingehende sachliche Unterstüzung, die der Majoritätsantrag von Seite der Regierung so wie auch eines Mitgliedes des hohen Hauses gefunden hat, enthebt mich jeder weiteren Bemerkung.

Der Antrag der Majorität wird hierauf angenommen. (Dagegen blos Fürst Czartoryski, Fürst Jablonowski, Fürst Sapieha und Graf Goëß.)

Die Alineas 1 bis o des § 11 werden hierauf angenommen und die Sitzung unterbrochen, damit die Commission zur nochmaligen Berathung der Alineas f und g zusammentrete.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung theilt Berichterstatter Graf Anton Auersperg mit, daß sich die Commission einstimmig zur Annahme des vom Freiherrn von Lichtenfels gestellten Antrages geeinigt habe und die lit. f und g nunmehr zu lauten hätten:

Lit. f. „Die Polizeigesetzgebung, infoferne es sich um gemeinsame Vorschriften für alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder handelt.“

Lit. g. „Die Gesetzgebung über Staatsbürger- und Heimatsrecht so wie über Volkszählung.“

Die beiden Absätze werden nach den Ausschussträgen angenommen.

§ 12 kommt zur Debatte und wird bei der Abstimmung nach dem Commissionsantrage angenommen. Die §§ 13, 14, 15, 16 und 17 werden ohne Debatte angenommen.

Bei § 18 (Erlösung des Mandats) wünscht Fr. von Lichtenfels, es möge conform mit der früheren Verfassungsbestimmung auch der Fall der dauernden Verhinderung hier aufgenommen werden, und beantragt die Einschiebung des Passus: „oder dauernd verhindert ist, Mitglied des Reichsrathes zu sein.“ (Ist unterstützt.)

Berichterstatter Graf Anton Auersperg bemerkt, die Commission habe die vorliegende Bestimmung als eine mehr interne Angelegenheit des Abgeordnetenhauses betrachtet.

Bei der Abstimmung wird § 18 mit dem Amenement des Fr. v. Lichtenfels angenommen.

Ohne Debatte werden die §§ 19 und 20 angenommen.

Bei § 21, nach welchem jedes der beiden Häuser berechtigt sein soll, die Verwaltungssachen der Regierung zu prüfen und zum Zwecke der Information Commissioen zu ernennen, erklärt Freiherr v. Lichtenfels, daß er gegen diesen Paragraph wichtige Bedenken habe. Wenn den beiden Häusern dieses Recht zustände, so folge hieraus, daß die vom Reichsrath bestellte Commission, welche die Informationen einzuholen hat, berechtigt wäre, sich selbst in die Akte zu begeben, Beamte und Minister zu vernehmen, Zeugen zu verhören, Cassen zu revidieren, ja vielleicht die Militärverwaltung, die Verpflegung der Regimenter, die Festungen, die Kanonen und die Zeughäuser zu inspizieren.

Dieses Befugniß gehe sogar noch über das Ministerverantwortlichkeitsgesetz hinaus und sei ein Eingriff in die Regierungsgewalt; wenigstens sei ein solcher möglich.

Man könne nicht wissen, was die kommende Zeit bringt, und ob nicht ein Missbrauch von dieser Gewalt stattfinden und durch denselben die Action der Regierung lahmgelegt werden könnte.

Er glaube, daß dieser Paragraph ganz auszulassen wäre, nachdem die Befugniß, welche die Geschäftsordnung in dieser Beziehung den beiden Häusern einräumt, ausreichend sei.

Berichterstatter Graf Anton Auersperg hält die vom Vorredner geäußerten Bedenken für unbegründet; da keines der beiden Häuser einen executiven Wirkungskreis hat, so könne es auch in dieser Richtung eine Kontrolle nicht ausüben; übrigens ließen sich die Bedenken auch dadurch beheben, wenn statt des Passus „zum Zwecke der Information“ gesetzt würde: „zum Zwecke der Einholung der Information.“ Er stellte diesen Antrag.

Freiherr v. Lichtenfels erklärt, daß auch diese Formulirung seine Bedenken nicht beseitigen könne.

Berichterstatter Graf Anton Auersperg repliziert und erklärt, er wünsche nicht, daß dieser Paragraph zum Gegenstande des Conflictes mit dem anderen Hause gemacht werde.

Freiherr v. Lichtenfels: Ich begreife nicht, wozu neue Verfugungen eintreten sollen, nachdem das gegenwärtige Gesetz, betreffend die Geschäftsordnung, bestehen bleibt.

Präsident bringt den § 21 in der vom Berichterstatter amendirten Fassung zur Abstimmung; der selbe erlangt nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, ist somit gesunken.

Die §§ 22, 23 und 24 werden ohne Debatte angenommen und somit der Gesetzentwurf in zweiter Lesung erledigt.

Präsident constatirt, daß sämtliche Paragraphen mit überwiegender Zweidrittelmehrheit angenommen wurden.

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung: Montag.

Tagesordnung: Dritte Lesung der Verfassungsgesetze und Commissionsbericht über das Delegationsgesetz.

20. Sitzung des Herrenhauses

vom 2. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Exellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Graf Taaffe, FML. Freiherr v. John.

Präsident Fürst Karl Auerberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses theilt den von dem letzteren beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Lehensbandes der Salzburger Lehen in Steiermark und Salzburg mit.

Präsident beantragt zur Vorberathung dieses Entwurfes eine Commission von 9 Mitgliedern zu wählen. (Angenommen.)

Freiherr v. Lichtenfels und 24 Genossen stellen folgenden Antrag: In Erwägung, daß bei der Abstimmung über den § 21 der revidirten Verfassung derselbe, wie verlautet, nur in Folge eines Mißverständnisses abgelehnt wurde, weil viele Mitglieder der Meinung waren, daß nach Ablehnung des vom Berichterstatter modifizirten Antrages der ursprüngliche Commissionsantrag zur Abstimmung gelangen würde,

stellen die Unterzeichneten den Antrag:

„es sei gemäß § 28 der Geschäftsvorordnung die Verhandlung über § 21 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung wieder aufzunehmen.“

Freiherr v. Lichtenfels begründet diesen Antrag. Er habe noch immer dieselben Bedenken gegen den von der Commission vorgeschlagenen § 21. Am Schlusse der Debatte über diesen Paragraph, dessen Ablehnung er beantragte, habe der Berichterstatter, die vom ihm (Redner) vorgebrachten Bedenken würdigend, eine Modification dieses Paragraphen beantragt, welcher zur Abstimmung gelangte und abgelehnt wurde.

Damit sei die Angelegenheit wohl nach seinem Wunsche erledigt gewesen, aber nach Schluß der Sitzung verbreitete sich das Gerücht und einzelne Mitglieder sprachen es ihm gegenüber aus, daß sie gegen den modifizirten Paragraph nur deshalb stimmten, weil sie erwarteten, daß nach Ablehnung desselben die ursprüngliche Fassung der Commission zur Abstimmung gelangen würde. Dies sei aber unmöglich gewesen, weil der von dem Berichterstatter selbst modifizirte Antrag an die Stelle des Commissionsantrages getreten war.

Obwohl er selbst an diesem Mißverständnisse schuldlos sei, wolle er doch nicht, daß ein Beschlüß Geltung erlange, welcher nicht der wahre Ausdruck der Meinung des Hauses sei. Er selbst sei noch immer derselben Meinung wie gestern, und wenn der Antrag nicht modifizirt würde, wäre er noch immer für die Ablehnung desselben.

Aber es sei voraussichtlich, daß man eine Textirung vereinbaren könne, welche allen berechtigten Wünschen und auch dem Abgeordnetenhaus entsprechen würde. Im Gesetze über die Delegation, welches auf der heutigen Tagesordnung steht, komme ein ähnlicher Paragraph wie der abgelehnte vor. Es sei aber wichtig, daß in dieser Beziehung das Delegationsgesetz nichts anderes bestimme als das Gesetz über die Reichsvertretung. Er beantrage daher, daß die Debatte über diesen Paragraph wieder aufgenommen werde, und behalte sich vor, einen Antrag auf Modifizierung des § 21 einzubringen.

Der Antrag des Freih. v. Lichtenfels (Wiederaufnahme der Debatte) wird so zahlreich unterstützt, daß der Präsident denselben als angenommen betrachtet.

Freiherr v. Lichtenfels stellt hierauf folgenden Antrag:

Das h. Haus wolle beschließen, § 21 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung habe zu lauten:

„Jedes der beiden Häuser des Reichsrathes ist berechtigt, die Minister zu interpelliren; in allem, was sein Wirkungskreis erfordert, die Verwaltungssäte der Regierung der Prüfung zu unterziehen, von derselben über eingehende Petitionen Auskünfte zu verlangen; Commissionen zu ernennen, welchen von Seite der Ministerien die erforderlichen Informationen zu geben sind und seinen Ansichten in Form von Adressen und Resolutionen Ausdruck zu geben.“

Berichterstatter Graf Anton Auerberg erklärt, durch diesen Antrag sei die Frage in ein neues Stadium getreten; er beantrage daher, die Sitzung zu unterbrechen, damit die Commission darüber Beschlüß fassen könne.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung unterbrochen.

(Während der Unterbrechung erscheint Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye im Saale.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Berichterstatter Graf Anton Auerberg Namens der Commission, daß diese sich den Antrag des Freiherrn von Lichtenfels aneigne, und beantragt dessen Annahme.

Bei der Abstimmung wird § 21 des Gesetzes über die Reichsvertretung in der vom Freiherrn v. Lichtenfels beantragten Fassung angenommen. (Dagegen blöß Fürst Czartoryski und Fürst Wassilko.)

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Pest, 2. December. (Sitzung der Deputiertenstafel.) Georg Lukacs legt sein Mandat nieder. Vonhay beantragt die Wahl einer ständigen Fünfzehner-Finanzcommission. (Wird auf die Tagesordnung gesetzt werden.) Dann beantwortet Mito die neuzeitliche Interpellation Radies wegen der Alsföd-Tiumaner Bahn in beruhigendem Sinne. Die vom „Hon“ gerüchtweise gebrachte Nachricht, es sei in der unter Vorsitz Sr. Majestät des Kaisers hier stattgehabten Ministerkonferenz die Aufstellung eines Honvedcorps von 15.000 Mann beschlossen worden, entbehrt nach den verlässlichsten Mittheilungen jeder Begründung.

Ausland.

Florenz, 30. November. (Haussuchung bei den Karthäusern. — Mazzinistisches Complot. — Rüstungen in Venezien.) In dem früheren Karthäuserkloster vor der Porta romana wurde eine Haussuchung vorgenommen, wobei man eine solche Anzahl reactionärer Documente fand, daß zur Verhaftung des Superiors und des Sakristans geschritten wurde. Auch eine Summe von mehr als 130.000 Francs wurde sequestriert. Ferner führten die bei dem unlängst verhafteten Dr. Essival und mehreren garibaldischen Officieren aufgefundenen Papiere auf die Spur eines mazzinistischen Complots und es wurden verschlossene Nacht die Hauptmitglieder zweier republicanischer Comités festgenommen, die ihre Instructionen von Lugano erhalten. Mazzini soll übrigens von den Aerzten ausgegeben sein. — Ein Correspondent der „G. di Venezia“ erhält von einem Officier aus dem Gefolge des Prinzen Umberto, der unlängst die befestigten Plätze in Venezien besichtigte, nähere Mittheilungen über die dort vorgenommenen umfassenden Rüstungen. Verona und Mantua seien gegenwärtig in der Lage, jede Belagerung erfolgreich aushalten zu können, und namentlich letztere Stadt scheine gleichsam im Belagerungszustand, so zahlreich seien die Truppen, welche dahin strömen, und so bedeutend die übrigen militärischen Vorbereitungen, welche getroffen werden.

Paris, 1. December. (Garibaldische. — Suezcanalarbeiten.) Der heutige „Moniteur“ schreibt: Der letzte Transport von gefangenen Garibaldischen hat gestern Civitavecchia verlassen, um den italienischen Behörden übergeben zu werden. — Lesseps hat in der Conferenz von Nizza versichert, daß die Suez-Canalarbeiten vor dem 1. September 1869 beendet sein werden, widrigenfalls die Bauunternehmer für jeden Verzug zu einer Conventionalstrafe von monatlich fünf-hunderttausend Francs verhalten sind. Lesseps sagte, daß nach einer gestern angekommenen Nachricht ein Dampfer der Compagnie Bazin den Isthmus passirt hat. Es erübrigten noch für 150 Millionen Terrain zu verkaufen.

Von der polnischen Grenze, 27. November. (Die russischen Winterquartiere in Podolien. — Journalstimmen über Serbien und die Türkei.) Wie verlässliche Nachrichten aus Russland melden, haben seit den letzten Wochen sämtliche in Podolien stationirte russische Truppen ihre Winterquartiere bezogen. Der größte Theil hat sich bei Konstantinow concentrirt, während in Kamieniec-Podolsk nur ein Corps von etwa 4000 Mann unter dem General Guildenshmit verblieb. In Konstantinow ist seit October auch ein Artillerie- und Munitions-laboratorium errichtet worden, welches die Beschaffung der Artillerie- und Infanteriemunition besorgt. In Kamieniec, sowie unter allen in Podolien stehenden russischen Truppen, heißt es allgemein: dieser Theil der Armee werde im Frühjahr mobilisiert und gegen die türkische Grenze vorgeschoben werden. — Die russische Presse bringt gegenwärtig auch häufig Berichte aus der Türkei und Serbien, die bezüglich der orientalischen Frage ein bezeichnendes Streiflicht auf die Politik des St. Petersburger Cabinets werfen. So enthält das Journal „Moskwa“ eine Belgrader Correspondenz, worin es unter anderem heißt: „Die Beziehungen Serbiens zur Türkei gestalten sich täglich hoffnungsloser, und es will uns scheinen, die Stunde der Entscheidung rückt stets näher. Bisher hat Serbien zu den unerhörten Vorgängen in der Türkei geschwiegen, da es mit Vortheil in einem Kampf sich nicht einlassen konnte. Heut aber fürchtet es die Türken nicht mehr. Serbien verfügt über eine wohldisziplinierte patriotische Armee von 160.000 (?) Mann und 300 Geschützen. Überdies hat es noch einen Vorrath von 300.000 Gewehren, deren größter Theil in Hinterlader umgewandelt ist. Die Staatskasse endlich enthält bei 15 Millionen baaren Geldes. Mit solchen Mitteln kann man schon eine Unternehmung wagen. Außerdem stehen Serbien natürliche und mächtige Bundesgenossen zur Seite. Von nicht geringer Bedeutung ist auch der Umstand daß Serbien eine große Zahl tüchtiger Offiziere besitzt, die noch täglich durch die Böglings der sogenannten bulgarischen Akademie — wo junge Serben in den Militärwissenschaften unterrichtet werden — sich ergänzen. Nach den neuen Erfahrungen sind nämlich tüchtige Unteroffiziere eine große Stütze der Taktik, und deshalb ward auch unlängst ein großer Theil der serbischen Unteroffiziere zur bessern Einübung nach Kragujevaz be-

ordert. „Andererseits“ — schließt dieser bemerkenswerthe Artikel — regen sich auch die Türken. So werden alle Mohammedaner in Bulgarien mit Waffen versehen und gegen die Christen fanatisirt.

(Ostindische Überlandpost) mit Nachrichten aus Bombay bis zum 14. November, ist am 2. d. M. in Triest eingetroffen. Es ging daselbst das Gerücht, König Theodor habe die europäischen Gefangenen hingerichtet lassen. — In Calcutta hat ein Cyclonsturm am 1. November gegen 1000 Personen das Leben geflost und beinahe 30.000 Hütten der Eingebornen zerstört. — „Egypte“ meldet, Rattib Pascha sei zum Generalissimus der egyptischen Armee ernannt worden. — „Avvenire d’Egitto“ versichert, die Azizie-Gesellschaft habe sich wegen der gegenwärtigen Handelsstockung ihrer Verpflichtungen dem venezianischen Municipium gegenüber entbunden erklärt, mit dem Vorbehalse, später neue Anträge zu stellen, wenn beide Theile damit einverstanden seien sollen.

Tagesneuigkeiten.

(Erster Wiener Arbeitertag.) Am Sonntag versammelten sich über 2000 Arbeiter in Wien, um das Wiegenvfest ihres Vereinsrechtes zu feiern. Noch am Samstag war diese Versammlung in Frage gestellt — da erst am 8. Jänner das neue Versammlungsgesetz in Kraft tritt — jedoch durch Se. Excellenz den Minister Taaffe auf Vorstellung des Vorsitzenden gestattet worden. Ein seit Jahren in Wien im Interesse der Arbeiter tätiges Comité legte eine Reihe von Anträgen vor, und wurde von der Versammlung beschlossen: 1. Bildung eines Central-Comités; 2. Bildung von Delegationen, aus Arbeitergruppen gewählt; 3. monatliche Steuer von zwei Kreuzern. Es darf jedoch Niemandem ein Zwang zum Beitrete auferlegt werden; 4. die Herausgabe einer Arbeiterzeitung: „Nationalökonomisches Fachorgan“; 5. Gründung von Consumvereinen in Verbindung mit Arbeiter-Fortsbildungvereinen insofern, als die verschiedenen Consumvereine zum gemeinschaftlichen Einkauf im Großen sich verbinden; 6. Petition an das Abgeordnetenhaus um Änderung des Gewerbegegeses, insbesondere wegen Bildung freier Genossenschaften; 7. Petition um Gewährung des Coalitionsrechtes.

(Eine Petition der Auscultanten.) Eine Anzahl von in Wien angestellten Auscultanten und Rechtspraktikanten beschloß am 1. d. M., an beide Häuser des Reichsrathes und an das Justizministerium eine Adresse zu richten, in welcher um eine Erhöhung der Bezüge der Auscultanten von 315 auf 420 Gulden per Jahr gebeten werden soll.

(Das Aufblühen Metans.) Dieser Kurort wurde in der Herbstsaison d. J., abgesehen von den zahllosen Touristen, von 1095 Europäern, 31 Amerikanern und 12 Afrikanern als Gurgäste, in Summe um 616 mehr als in derselben Zeit des Vorjahrs besucht. Unter den europäischen Ländern waren am zahlreichsten vertreten Nord-Deutschland (334), Süd-Deutschland (105), Oesterreich (291) und Rußland (208). An Promenaden, Parkanlagen etc. wurde viel Neues und Zweckmäßiges geschaffen.

(Ein eigenhümliches Testament.) In Jauerling (Oesterreich) starb vor etwa vierzehn Tagen der l. l. pensionierte Oberwundortz Johann Lachnit. Derselbe hatte sich in seinem Testamente versagt, daß seine Verdienste niemals gewürdigt würden, weshalb er wünschte, daß auf dem Hügel seines Grabs ein Schlehenstrauch angepflanzt werde, der seine dornenvolle Lebensbahn verhindern sollte und für dessen Pflege er eine Stiftung von 100 fl. C. M. in Staatsobligationen errichtete, deren jährliche Zinsen der Todengräber zu beziehen bat. Die Zinsen einer weiteren Stiftung fallen der Schule in Barzdorf, seinem Geburtsort, und zwar jenem Schüler zu, welcher die deutsche Sprache am reinsten spricht.

(Die Eruption aus dem Vesuv) nimmt gröbere Verhältnisse an. In der Nacht vom 28. auf den 29. November ergossen sich abermals breite Lavastrome über den westlichen Abhang des Berges. Der Hauptrater wirft immense Aschenmossen aus.

(Von der Pariser Ausstellung.) Die Ausstellungskommission hat ihren hervorragendsten Organen folgende Belohnungen vor: Dem Herrn Le Play 100.000 Francs, dem Schägmäister Herrn Tagnard 50.000 Francs, dem Chef der französischen Abtheilung Herrn Focillon und dem Chef der auswärtigen Section Herrn Donnat je 25.000 Francs und dem Garteningenieur Herrn Alphand 50.000 Francs. Die Herren Gassies und Dag, welche unentgeltlich die beiden Aquarien unterhielten, wurden mit einem Geschenk von je 1200 Francs abgefunden.

(Zeitungssablage.) Der Manchester „Gazette“ teilt mit, daß er am vorigen Samstag (dem Hinrichtungstage der drei Fenier) 192.645 Exemplare gedruckt habe, und zweifelt, ob je von einem Tageblatt an einem und demselben Tage mehr Exemplare abgesetzt worden seien. Es wurden 35.000 per Stunde oder beinahe 600 in der Minute abgezogen und für diese 330 Centner Papier verbraucht.

Locales.

(In Betreff der so reichlich tragenden mexicanischen Bohne), von deren versuchsweise Anbau wir gemeldet haben, ist verflossene Woche eine Anfrage von Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter von Steiermark Baron Mezery an das hiesige Landespräsidium gelangt.

Es dürften demnach auch in Steiermark Versuche mit dieser interessanten Frucht angestellt werden, welche in Mexico so geschäftigt wird, daß man sie zum Dessert servirt.

— (Spenden.) Der Verwaltungsrath des bietigen Ausbildungsschaffevereins hat durch seinen Vorsteher Herrn Johann Nep. Horak einen Betrag von 70 fl. als Ergebniss einer Sammlung unter den bietigen Gewerbeschulen mit der Widmung dem k. k. Landespräsidium überreicht, die Hälfte davon der k. k. Normalschuldirektion, die andere Hälfte aber der Direction der Knabenhaupschule zu St. Jakob zur Anschaffung von Lehrmitteln für arme Lehrlinge an der Gewerbeschule zu übergeben. Gleichzeitig hat derselbe bekanntgegeben, daß beim Ausbildungsschaffeverein ein Betrag von je 10 fl. für Anschaffung von Prämien an den bietigen Gewerbeschulen erlegt worden ist. Die Beträge von je 35 fl. wurden sofort ihrer Bestimmung zugeführt und bei diesem Anlaß für die ergiebige Unterstüzung der armen Schuljugend an den Gewerbeschulen dem Ausbildungsschaffeverein die gebührende Anerkennung des k. k. Landespräsidiums ausgesprochen.

** (Stipendium für Techniker.) Von den durch die bietige Sparcasse errichteten Stipendien für Studirende aus Krain, welche sich den höheren technischen Studien widmen, ist pro 1867/68 ein Stiftungsplatz mit 150 fl. zu vergeben. Bewerbungen darum sind mit den nötigen Nachweisungen bis 30. d. M. bei der Sparcassendirection einzureichen.

— (Theater.) Das gestrige Benefice der Fr. Keller-Podhorsky hatte, wie bei der Beliebtheit der Beneficiantin zu erwarten, ein gut besuchtes Haus. Fr. Keller und Hr. Müller theilten sich im Genrebild „In der Sternallee“ in den Beifall des Publicums. Fr. Keller als Kainerin und Hr. Müller als Gefreiter waren in der That recht amüsant, und ihr draufisches Spiel, sowie die gelungenen Extempore's erhielten das Publicum fortwährend in der heitersten Laune. Die Souppé'sche Operette: „Leichte Cavalerie“ griff diesmal mehr durch als bei der ersten Aufführung. Der musikalische und der gesangliche Theil konnte der sorgfältigeren Aufführung wegen besser gewürdigt werden. Die Chöre wurden recht tactfest und frisch gesungen, und die hübschen Nationalmelodien aus dem Magharenland thaten ihre Wirkung. Dazu die hübsche Ausstattung unseres Husharencorps, an dessen Spitze Fr. Keller (Istvan) und Hr. Müller (Janos) in heiterem und sentimentaltem Genre Verdienstliches leisteten, und die gelungene Persiflage einer Gemeindevertretung, bei welcher Hr. Krehl durch launiges Spiel und Gesang excellirte — und wir haben alle Elemente eines heiteren Abends beisammen. Das Publicum zeigte sich sehr animirt und applaudierte die witzigsten Stellen des Textes mit vieler Lebhaftigkeit. Souppé's Melodien sind sehr sangbar und in jener leichten Weise gehalten, welche sie schnell populär macht. Somit glauben wir der Operette noch einige gut besuchte Wiederholungen in Aussicht stellen zu können.

Correspondenzen.

† Stein, 30. November. Heuer gab es in unserem Städtchen verhältnismäßig gegen die Vorjahre viele Fremde, so daß selbst hier und da Privatwohnungen denselben abgetreten worden sind. Dieser Besuch verdient aber auch unsere Stadt wegen der schönen Lage in der Nähe der Alpen, der frischen Luft selbst im Hochsommer und wegen des ausgezeichneten Trinkwassers. Man hat nicht Unrecht, anzunehmen, daß sich Stein nach und nach zu einem klimatischen Kurorte heranbildet werde; es fehlt nur noch an einer confortablen Badeanstalt und an gutem Kindsfleisch. Die Fremden, die heuer bei uns weilten, werden sicherlich auf das schlechte Kindsfleisch noch nicht vergessen haben. Hier sei es am Platze zu erwähnen, daß ein patentierter Fleischbader aus Laibach hier eine Filiale errichtet und sich verpflichtet wollte, gegen Zusicherung des Laibacher Tarifes mit einem Nachlass von 2 kr. per Pfund nur Mastochsen auszuschrotten, allein er wurde von der Gemeinderepräsentanz abgewiesen. — Aus dem Gemeindeleben haben wir übrigens wenig Interessantes zu referieren: die Frage über die Zugehörigkeit der Mauth- und Marktgesälle, ob nämlich solche nur den Bürgern oder aber der Stadt als moralische Person gehörten, ist trotz der Dringlichkeit noch immer in der Schwebe, die Entscheidung vom Landesausschusse ist noch nicht herabgelangt. — In der vorletzten Gemeindeszierung wurde einstimmig beschlossen, um die Erhöhung der Mauthgebühren einzustreiten; diese Et-

bbung wird dadurch angestrebt, daß die bisher mautfreien Personenwagen, d. i. Kutschen und Wagen der Fremden, nämlich der außer dem Stadt- und Concurrenzgebiete dominierenden Einwohner ebenfalls gleich Lastwagen mautpflichtig sein sollen. Dieses Project erscheint sehr billig, denn warum sollten die fremden, manchesmal nur zum Bergungen nach Stein kommenden Autchen mautfrei sein, während der heimische Bürger, wenn er sich eines Lastwagens bedient, die Maut entrichten muß. Die jetzigen Mauth- und Marktstandesträgnisse jährlich 1370 fl., welche sich nach Abzug der Mädchenchuldersdotation per 266 fl., der Stadtbeleuchtungskosten, per 150 fl., der Administrationskosten per 200 fl. und der Einkommensteuer per 131 fl. auf beidseitig 623 fl. reducieren, reichen zur Erhaltung der drei großen, dem Hochwasser ausgesetzten Brücken, der Gassen und Straßen nicht hin. Da übrigens die Gemeinde für die übrigen Bedürfnisse bereits mit einem 10perc. Zuschlage zu den sämtlichen direkten Steuern schon belastet ist, so stellt sich die vorerwähnte Mautherhöhung, welche auf ungefähr 300 fl. präsumiert werden kann, auch als nothwendig dar. Man sieht, daß es der jetzigen Gemeindevertretung an dem guten Willen, die Communicationsmittel zu verbessern und die Stadt zu verschönern nicht fehlt; so dürfen die Trockenlegung der sogenannten, von Fuhrwerken stark besuchten Klostergasse und die Herstellung eines gewölbten Durchlasses auf der Schutt zur Beseitigung der über die Straße liegenden Pfütze die Vorbote einer zweckentsprechenden Gebahrung mit den Mautherträgnissen sein. — Die Wochenmärkte in dem uns benachbarten, vor kurzem erst zum Markte erhobenen Orte Mannsburg gestalten sich wider Erwartung günstig.

Krapina-Töpliz, 30. November. Laut der am Schlusse der Saison im Laufe dieses Monats ausgegebenen 23. und letzten Kurliste erreichte die Zahl der Besucher unserer Anstalt heuer ihre höchste Stufe seit dem Bestehen des Bades, und zwar waren aus den höheren und bürgerlichen Ständen 1920, gegen das Vorjahr um 773 mehr, aus den übrigen Ständen 20.450, um 5392 Personen mehr als im Vorjahr zum Curgebraue hier anwesend. Nach den einzelnen Ländern verteilt sich die Zahl dieser Besucher auf: 1. Inland: Böhmen 5, Croatiens (Agram mit 187) 8399, Dalmatien 16, Galizien 3, Görz 21, Kärnten (Klagenfurt mit 20) 820, Krain (Laibach mit 53) 1023, Kratau 2, Küstenland 20, Mähren 1, Militärgrenze 5, Österreich unter der Enns (Wien mit 176) 198, Österreich ob der Enns 15, Slavonien 4, Steiermark (Graz mit 144) 11.688, Ungarn 32, Tirol 4, Triest 95, zusammen 22.351; 2. Ausland: England 1, Levante 4, Mecklenburg-Strelitz 1, Moldau 3, Preußen 1, Serbien 5, Wallachei 4, zusammen 19.

Neueste Post.

Wien, 3. December. Sc. f. l. apostolische Majestät sind vorgestern, den 1. d. M., Morgens von Osen nach Schönbrunn zurückgekehrt.

Wien, 2. December. Heute eingelangten telegraphischen Nachrichten des Viceadmirals Tegelthoff aus Havanna zufolge ist die kaiserliche Fregatte „Nova“ mit dem Leichnam Sr. Majestät des Kaisers Maximilian an Bord daselbst eingetroffen.

Bpest, 2. December. Die Vorlage über die Quote wurde vom ganzen Hause, mit Ausnahme der äußersten Linken, in der Generaldebatte angenommen. In Folge eines Amendements, welches Ghyczy zum fünften Punkte einbrachte und welches erst dem Drucke übergeben wurde, ist die Specialdebatte auf morgen verschoben worden. Gazzago ist nach dem heute kundgegebenen Wahlresultate zum Vice-Präsidenten der Deputirtenafel gewählt.

Paris, 3. December. Der „Moniteur“ meldet in einer Depesche aus Rom, General Failly verließ mit seinem Generalstabe gestern Rom gänzlich und begab sich nach Civitavecchia.

London, 2. December. Im Unterhause erwiderte Stanley auf eine Interpellation Barrows, er habe bei Beginn der Session Englands Antwort auf die Einladung zur Conferenz mitgetheilt, bisher sei die Antwort nicht im geringsten modifizirt. Auf eine Interpellation Hartcastle's erwiderte Stanley, Englands Gesandtschaft in Dresden hörte wegen Eintritt Sachsen in den Nordbund auf, wegen der englischen Ansiedler verbleibt da- selbst ein Geschäftsträger. Auf eine Interpellation Banse's

antwortet Stanley, er kenne den Anlauf zweier englischer Schiffe durch Griechenland, letzteres sei hiezu berechtigt, weil am Kriege unbeteiligt; England hätte dagegen remonstriert, wenn es Kriegsabsichten gegen die Türkei vermutete.

Telegraphische Wechselkurse

vom 3. December.

Spere. Metalliques 57.70. — Spere. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.50. — Spere. National-Anteken 66.10. — Bankaktionen 680. — Creditactien 183.80. — 1860er Staatsanlehen 83.60. — Silber 118. — London 120.15. — R. t. Ducate 5.71.

Geschäfts-Zeitung.

Verlosung. (1864er Lose.) Bei der am 2. d. M. stattgehabten Verlosung des Prämiens-Antekens vom 11. Februar 1864 per 40.000.000 fl. wurden nachstehende acht Serien, und zwar: Nr. 365, 472, 1034, 1039, 1122, 1978, 2072 und Nr. 3170 gezogen. — Aus diesen wurden nachfolgende 60 größere Treffer gezogen, und zwar fiel der Haupttreffer von 250,000 fl. ö. W. auf Serie 365 Nr. 33, der zweite Treffer von 25,000 fl. auf Serie 472 Nr. 98, der dritte Treffer von 15,000 fl. auf Serie 1978 Nr. 73, der vierte Treffer von 10,000 fl. auf Serie 1039 Nr. 53. Ferner gewinnen: S. 365 Nr. 88, S. 1122 Nr. 58 je 5000 fl. ö. W. S. 1122 Nr. 6, S. 2072 Nr. 95, S. 3170 Nr. 47 gewinnen je 2000 fl. ö. W.; ferner S. 472 Nr. 39 und Nr. 81, S. 1039 Nr. 97, S. 1973 Nr. 3 und Nr. 10 und S. 3170 Nr. 54 gewinnen je 1000 fl. ö. W.; dann S. 365 Nr. 35 und Nr. 43, S. 472 Nr. 88, S. 1034 Nr. 24, 58 und Nr. 84, S. 1039 Nr. 98, S. 1978 Nr. 35, 82 und Nr. 92, S. 2072 Nr. 12 und Nr. 99, S. 3170 Nr. 14, 30 und Nr. 96 gewinnen je 500 fl. ö. W. S. 365 Nr. 20, 58 und Nr. 90, Serie 472 Nr. 12, 26, 45, 63 und Nr. 68, Serie 1034 Nr. 42 und Nr. 66, S. 1039 Nr. 43 und Nr. 49, S. 1122 Nr. 61, S. 1978 Nr. 1, 13, 36, 51, 55, 83 und Nr. 88, S. 2072 Nr. 14, 29, 40, 41, 52, 54 und Nr. 90 und S. 3170 Nr. 75, 79 und Nr. 80, gewinnen je 400 fl. ö. W. Auf alle übrigen in obigen verlosten acht Serien enthaltenen hier nicht besondere aufgeführten 740 Nummern entfällt der geringste Gewinn von 150 fl. ö. W.

Ergebnisse des Tabakverkaufes im 1. Quartal 1867. Im 1. Quartale des laufenden Jahres betrug der Gesamtumsatz für das in Verkauf gesetzte in- und ausländische Tabakmaterial nach offiziellen Ausweisen 11.717.510 fl., gegen die gleiche Periode des Vorjahres mehr um 607.505 fl. Dieser günstige Erfolg ist vorzüglich dem erhöhten Absatz der im Inland erzeugten Cigarren zuzuschreiben.

Krainburg, 2. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 45 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh, 6 Wagen mit Holz, 17 Wagen mit Speck und 97 Stück Schweine von 14 bis 18 kr. per Pf.

Durchschnitts-Preise.

	fl. tr.	fl. tr.
Weizen pr. Mälzen	6 93	Butter pr. Pfund .
Korn	4 —	Eier pr. Stück .
Gerste	— —	Milch pr. Maß .
Hafer	2 —	Rindfleisch pr. Pf.
Halbschmalz	— —	Kalbfleisch
Heiden	3 68	Schweinefleisch "
Hirse	3 —	Schafsfleisch "
Kulturz	3 90	Hähnchen pr. Stück
Erdäpfel	1 25	Tauben
Linsen	— —	Herr pr. Bentner .
Erbsen	— —	Stroh
Kisolen	4 16	Holz, hartes, pr. Kist.
Rindschmalz pr. Pf.	45 —	weiches,
Schweineschmalz "	30 —	Wein, rother, pr.imer
Speck, frisch,	27 —	weisser
Speck, geräuchert, Pf.	33 —	"

Angekommene Fremde.

Am 2. December.

Stadt Wien. Die Herren: Rosenfeld, von Brunn. — Schafrauer, Antiquitätenhändler, und Lachner, Kaufm., von Wien. — Wohren. Herr Palliardi, Oberleutnant, von Fiume.

Theater.

Heute Mittwoch:
Plan und Zufall.
Vollstück mit Gesang in 2 Acten.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit	der Sonnenstand	Baronetsstand	in der Gärthe redigirt	Gitterstand	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Riederschlag	hundreitig. G. in Stunden.
6 U. M.	320 40	+ 0.4	D. z. stark	Schnee	0 20					
3 2. N.	322 18	+ 2.0	W. schwach	trübe						
10. Ab.	323 67	+ 0.6	D. schwach	trübe						

Nachts stürmisch aus N. und NO. Schneefall seit 5 Uhr bis gegen 7 Uhr. Bleibende schwache Schneedecke. Tagsüber regnerisch.

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmann

Pfandbriefe (für 100 fl.)

Nationalbank auf } verlosbar zu 5%
C. M.

Nationalbank auf 5% verlost. 5 "

Ung. Bod.-Cred.-Ant. zu 5% " 93. — 93.20

Aug. öst. Boden-Credit-Anfall 83.75 90. —

verlosbar zu 5% in Silber

103. — 104. —

Aug. öst. Boden-Credit-Anfall 103. — 104. —

verlosbar zu 5% in Silber

129. — 129.50

Aug. öst. Boden-Credit-Anfall 86. — 87. —

verlosbar zu 5% in Silber

24. — 24.50

Aug. öst. Boden-Credit-Anfall 118. — 118. —

verlosbar zu 5% in Silber

30.50 31.50

verlosbar zu 5% in Silber

24.25 24.75

verlosbar zu 5% in Silber